

**Offener Brief der
Bezirklichen AG'en nach § 78 SGB VIII an der Schnittstelle „Jugendhilfe-Schule“ |13.12.2024**

**Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister Kai Wegner,
sehr geehrte Frau Senatorin Katharina Günther-Wünsch,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Falko Liecke,
sehr geehrte Bezirksbürgermeister von Berlin,
sehr geehrte Stadträte für Jugend und Bildung,
sehr geehrte Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses,
sehr geehrte Bezirksverordnete der Berliner Bezirke,
sehr geehrte Damen und Herren,**

Die Situation an vielen Berliner Schulen ist prekär:

Wir erhalten regelmäßig besorgniserregende Berichte darüber, dass Schulen den vielfältigen Anforderungen ihrer Zielgruppe nicht gerecht werden können und handlungsunsicher im Umgang mit komplexen schul-, sonder- und sozialpädagogischen Förderbedarfen und Herausforderungen sind. Zu oft geraten in Belastungssituationen an Schulen, die Bedürfnisse junger Menschen aus dem Blick.

Gewaltvorfälle, Schuldistanz, Kindeswohlgefährdungen, unterschiedlichste Unterstützungsbedarfe von Schüler*innen bis hin zu emotionalen Krisen und die Überlastung des Schulpersonals verdeutlichen die Dringlichkeit von gemeinschaftlichem Handeln von Jugendhilfe und Schule. Schulsozialarbeit leistet einen zentralen Beitrag zur Bewältigung von Krisen, zur Gewaltprävention, zum Schutz gefährdeter Kinder, in der Elternarbeit sowie zur Förderung von Partizipation, Demokratiebildung und Förderung sozialer Kompetenzen. Dennoch werden diese essenziellen Angebote durch Einsparungen zunehmend gefährdet, obwohl die Herausforderungen seit Jahren wachsen.

Unsere Beobachtungen und Hintergründe:

- Schulsozialarbeiter*innen berichten von steigender Belastung: Gewalt, Mobbing, psychische Krisen und Kinderschutzfälle nehmen zu, Folgen von Pandemie und Kriegen betreffen die Schüler*innen
- Viele Kinder und Jugendliche suchen gezielt Unterstützung, bei Wünschen und Sorgen genauso wie etwa bei Suizidgedanken und Suche nach Schutz, was den hohen Bedarf an Entlastungsgesprächen und präventiver Arbeit unterstreicht.
- Lehrkräfte und Schulpersonal sind oft bereits über ihrer Belastungsgrenze, verstärkt durch Lehrkräftemangel und steigender Quereinsteigszahl. Sie sind auf die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams angewiesen, um den Bedürfnissen der Schüler*innen gerecht zu werden und Unterstützung zu finden.
- Im multiprofessionellen Team erarbeitete Haltungs- und Handlungskonzepte ermöglichen es Schulkollegien auch in belasteten Sozialräumen, Schüler*innen gemeinschaftlich zu fördern und herausfordernde Situationen zu meistern.
- **Einsparungen des Senats in den Bereichen Bildung und Jugend und der Bezirke betreffen alle Schüler*innen.** Ressourcen für gelingende Kooperationsangebote von Jugendhilfe und Schule werden gestrichen, gekürzt oder sind weiter unklar.

- Konkret betrifft das unter anderem:
Bezirkliche Schulstationen, Schulsozialarbeit und Gewaltprävention im Landesprogramm "Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen", Temporäre Lerngruppen +§13.1 und §27.2, Schulsozialarbeit und Hilfsangebote über Bonus-Programm, Verfügungsfonds oder Berlin-Challenge, Familienzentren an Grundschulen.

Unsere zentralen Forderungen:

1. **Personelle Aufstockung und Ausbau der Schulsozialarbeit:** Angesichts der steigenden Herausforderungen müssen die Teams dringend erweitert werden, um allen Bedarfen gerecht zu werden.
2. **Finanzielle Sicherung aller Angebote:** Es darf keine Kürzungen bei schulischen oder jugendhilfebezogenen Programmen geben. Besonders Schulsozialarbeit, Gewaltprävention, Temporäre Lerngruppen u.ä., sowie sozialräumliche Angebote der Jugendhilfe und individuelle schulische Förderung müssen langfristig gesichert und gestärkt werden.
3. **Stärkung multiprofessioneller Teams:** Schulen benötigen (auch in der Finanzierung) stabile, in ihrer Fachlichkeit gleichwertig anerkannte, multiprofessionelle Teams, die zusammenarbeiten, um Schüler*innen bestmöglich zu fördern.
4. **Fokus auf Prävention:** Präventive Maßnahmen wie Demokratiebildung, Partizipation und Gewaltprävention müssen wieder stärker in den Vordergrund rücken, anstatt durch die Bewältigung akuter Krisen in den Hintergrund gedrängt zu werden.

Unser Appell:

Stellen Sie mit Ihren Entscheidungen auf Landes- und Bezirksebene sicher, dass alle Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien in Berlin uneingeschränkt fortgeführt werden.

Einsparungen in diesen Bereichen sind unverantwortlich, gefährden die Sicherheit, Persönlichkeitsentwicklung und den Bildungserfolg von Schüler*innen und aller jungen Menschen, sie widersprechen den Zielen des Berliner Schulgesetzes (§ 1) und des SGB VIII.

Nur durch verlässliche, finanziell abgesicherte Strukturen und Kooperation kann Jugendhilfe gemeinschaftlich mit Schulen die Grundlage für ein demokratisches, gewaltfreies und inklusives Miteinander schaffen.

Im Interesse von Berliner Schüler*innen und im Namen freier Träger der Schulsozialarbeit:

Die Sprecher*innen der erstunterzeichnenden Bezirklichen AG'en nach § 78 SGB VIII an der Schnittstelle „Jugendhilfe-Schule“ für ihre Mitglieder und Akteure der Schulsozialarbeit in allen Bezirken:

Charlottenburg-Wilmersdorf: „AG 78 Schulsozialarbeit“

Marzahn-Hellersdorf: „AG 78 schulbezogene Jugendsozialarbeit Marzahn-Hellersdorf“

Mitte: „AG Schulsozialarbeit nach § 78“

Neukölln: „AG 78 Schulbezogene Sozialarbeit“

Pankow: „AG 78 Jugendhilfe Schule“

Steglitz-Zehlendorf: „AG 78 Jugendförderung“